

Der halbe monat. bei zweimal. 7...
1.00
2.00
3.00
4.00
5.00
6.00
7.00
8.00
9.00
10.00
11.00
12.00
13.00
14.00
15.00
16.00
17.00
18.00
19.00
20.00

Nahe-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 6 gefalteten 34 mm breite Mittelzeile...
1.00
2.00
3.00
4.00
5.00
6.00
7.00
8.00
9.00
10.00
11.00
12.00
13.00
14.00
15.00
16.00
17.00
18.00
19.00
20.00

Nr. 500.

Halle, Dienstag, den 25. Oktober 1921.

Einzelpreis 40 Pfg.

Kaiser Karls Glück und Ende.

Schneller noch als beim ersten Versuch ist das Abenteuer des Kaisers Karl vorüber. Nach den Meldungen, die gestern vorlagen, schien es noch so, als ob er, wenn auch nur zu vorübergehendem Aufenthalt, als Sieger in Budapest eingehen würde.

Die Truppen, die sich ihm unter der Führung monarchistischer Offiziere begeistert zur Verfügung gestellt hatten, haben kläglich versagt, als sie auf ersten Widerstand stießen; die ausländischen Soldlinge sind erst darauf gelaufen und treiben sich nun flüchtend in Ungarn herum, belährte, heimlich über die Grenze zu entkommen.

Kaiser Karl hatte sich vorher in einer Helbenpose gefallt. In einem Schreiben an den Schweizer Bundesrat, worin er ihm seine Flucht mitteilt, hatte er feierlich erklärt, eine Niederlage werde er nicht überleben. Aber er ist nicht kämpfend an der Spitze seiner Truppen gefallen, er hat auch keinen Selbstmord begangen, er lebt. Und mit ihm lebt seine energiegel. unternehmungstarke Gattin Jitka, die ihn zu keinem Flug nach Ungarn angetrieben und nun seine Gefangenschaft teilt.

Wie das Schicksal des Kaisers sich gestalten wird, läßt sich mit Sicherheit noch nicht sagen. Vorläufig bleibt er interniert. Die ungarische Regierung, deren Truppen den von seinen Bataillonen verlassenen König gefangen genommen, hält ihn in Gewahrsam. Sie will erst mit der Entente über die Bedingungen der Ausreise und den ferneren Aufenthalt Karls verhandeln und deren Beschlüsse einholen. Kaiser Karl hofft noch immer, daß ihm ein günstiger Zufall zu Hilfe kommt. Keinenfalls erwartet er, daß Frankreich, für das er ja leider immer eine so verhängnisvolle Zuneigung gehabt hat, ihn vor hartem Schicksal bewahren werde. Denn schon taucht in der englischen Presse wie ein Gespenst unheimlich bedrohlich das Wort St. Helena auf...

Von dem Gang der Ereignisse, die sich rasch gefolgt sind, geben nachstehende Meldungen ein Bild:

Karls Bitte um Waffenstillstand.

Wien, 24. Okt. Die ungarische Regierung meldet, daß die Königstruppen gestern Abend einen Parlamentär mit der Bitte um Waffenstillstand abgeordnet haben, daß aber die Regierung mit der Begründung, sie verhandeln mit Aufständischen nicht, die Vor schläge abgewiesen habe. Darauf haben in der Nacht die Königstruppen unter Verwendung der Eisenbahn ihren Rückzug angetreten, so daß bei Trospitz nur noch ein Regiment unter Führung von zwei Delegierten zwangsweiser Waffenstillstand verhandeln konnten, und zwar waren die Delegierten des Königs der ehemalige Minister des Äußeren Dr. Graf und Oberst Baron Lehar. Die Regierung willigte endlich in die Verhandlungen ein, die heute morgen bei Trospitz beendet waren. Die ungarischen Delegierten, nämlich der Minister Kanya und der Feldmarschallleutnant Carlant, teilten folgende Bedingungen mit:

Die Offiziere und politischen Führer, welche sich dem König ergeben haben, sind vor ein Gericht zu stellen. Die Mannschaften werden amnestiert. Der Kaiser Karl hat sich in Dohat des Reichsverwehrs zu begeben und wird interniert, um später den Grobmächten ausgeliefert zu werden.

Die Delegierten des Königs übernahmen die Bedingungen zur Weitebeförderung und stellten die erste Antwort in Aussicht.

Heute nachmittag um 5 Uhr wurde mitgeteilt, daß der König diese Bedingungen nicht annimmt.

Budapest, 25. Okt. Gegenwärtig finden hier Beratungen zwischen der Regierung und den Ententevertretern statt, zu denen auch die diplomatischen Vertreter der kleinen Entente gehören wurden, die sich mit dem Schicksal Karls befassen.

Budapest, 24. Okt. Die Offiziere der Raaber Garnison haben den König um Entbindung vom Eide, den sie nur auf die Freischöpfung hin abgelegt hatten, daß der König mit Einwilligung der Entente und mit Wissen des Reichsverwehrs nach Ungarn gekommen sei.

Internierung des Kaisers.

Wien, 24. Okt. Der Kaiser und seine Gemahlin Jitka sind bei Komorn von den Truppen der ungarischen Regierung gefangen genommen worden. Der Kaiser bleibt nun in Ungarn so lange interniert, bis er seinen endgültigen Entschluß über sich und seinen Sohn ausgesprochen hat und die Forderungen der Bedingungen seiner Ausreise und sein künftiges Ziel festgelegt haben.

König Karls Gefangennahme.

Budapest, 24. Okt. (Med. d. Ung. Korresp.-Büros.) Nach einem neuerlichen Gescheh wurden die Aufständischen gezwungen. Ihre Führer stützten und überließen die Sorge für die Sicherheit der Person des Königs den Regierungstruppen. König Karl wurde unter den höflichsten Formen der Dohat des Obersten Simenfalvi der Nationalarmee amnestriert.

Budapest, 24. Okt. Die Aufständischen zogen sich bis Tata zurück. Sie haben die Hälfte ihrer Kommande entlassen. Die Garnison hat auf der Linie Bistose-Sekesfehvar die Schienen angezogen, um ein Ausweichen der Aufständischen gegen Sieden zu verhindern.

Die Vertrauten des Königsgefangenen.

Budapest, 25. Okt. (Ung. Korresp.-Büros.) Nach Entgegennahme der Bedingungen der Regierung lebten die Vertrauten des Königs zu den aufständischen Truppen zurück. Der die Aufständischen befehligende Zug verfuhr über die Stadt Tata nach Komorn zu gelangen. Die Aufständischen erfuhr jedoch in Tata, daß die Eisenbahnlinie nach Komorn unterbrochen sei und daß die dortige Garnison die Flucht mit Waffengewalt verhindern wird. Der Zug hielt in Tata leer. Die ungarische Regierung hatte bereits zu Beginn des Konflikts einen verlässlichen Offizier nach Tata geschickt, der aber von den zurückziehenden Truppen Lebensbürgs am Sannabend gefangen genommen wurde. Dieser Offizier übernahm nun in Tata das Kommando und sorgte für die Überwahrung des Königs. Ferner ordnete er die ohne Führer gebliebenen zurückziehenden Aufständischen. Die an dem Aufstand beteiligten Politiker und Soldaten werden festgehalten. Der König schließlich im Stich und suchten nach Selbstverrat sich den Folgen des begangenen Verrates durch die Flucht zu entziehen. Stefan Rakosky, Graf Janusz Andraszy und Gustav Graf Gray sind noch in Tata in Gefangenschaft der ungarischen nationaler Armee geraten. Die Regierung hat Maßnahmen zur Festnahme der übrigen Aufständigen getroffen.

Erklärung des tschechischen Ministerpräsidenten.

Prag, 26. Okt. In der heutigen Sitzung des Ausschusses des Abgeordnetenhauses legte Ministerpräsident Dr. Benesch den Standpunkt der Regierung zu dem Ereignissen in Ungarn dar. Er erklärte u. a.: Solche Dinge dürfen sich nicht wiederholen. Wir sind diplomatisch und militärisch gerüstet, der Gefahr, die unsrem Staate und ganz Mitteleuropa droht, begegnen zu können. Wir wollen, daß die habsburgische Frage endgültig gelöst, der Friedensvertrag zur Geltung gebracht, insbesondere die Entwaffnung vollzogen wird. Die ungarische Regierung trifft die Schuld, daß Karl mit der verarmten Lage im Burgenlande rechnen und insofern zurückziehen und den Frieden in Mitteleuropa liefern konnte. Am Schluß der Sitzung erklärte Benesch, die Regierung werde heute, wo Ruhe und Besonnenheit aber auch Energie nötig sei, die nötigen Maßnahmen treffen und werde nichts anderes im Auge haben als eine rasche Beendigung dieses Ereignisses und zwar mit möglichst friedlichen Mitteln. Die Erklärungen wurden sodann angenommen.

Der italienische Gesandte erschien heute bei Dr. Benesch und übergab ihm eine amtliche Erklärung des italienischen Ministeriums des Äußeren, in dem der Minister mitteilt, daß er mit Dr. Benesch gleicher Ansicht ist über die Wichtigkeit eines gemeinsamen energischen Vorgehens gegenüber den Ereignissen in Ungarn.

Bern, 25. Okt. Wie die Schweiz, Dep.-Ag. meldet, hat der Bundesrat einstimmig das Verhalten und den Wortbruch des Kaisers Karl verurteilt. An eine Rückkehr in die Schweiz sei nicht mehr zu denken.

Der schweizerische Bundesrat

nahm gestern vormittag Stellung zur Rückkehr des Kaisers Karl nach Ungarn. Das eigenständige Justiz- und das politische Departement wurden beauftragt, durch die Bundesanwaltschaft eine rasche Untersuchung durchzuführen über die Umstände, unter denen sich die Abreise Karls vollzogen hat, wobei sich die Untersuchung auf die schweizerischen Personen ausdehnen soll, die sich möglicherweise am dem Unternehmen beteiligt haben.

Karl wollte seine Niederlage nicht überleben.

Wien, 22. Okt. Entbindungen, welche die hiesige Entente mission einzug, ergeben, daß die Budapest am 1. Oktober Bericht aus Budapest über eine Schlacht vor Budapest sehr übertrieben sind. Es könne höchstens von vereinzelten und begrenzten Zusammenstößen der künftigen und der Regierungstruppen am Sonntag die Rede sein. Es ist den Ententeoffizieren möglich gemacht, festzustellen, daß sich während des ganzen gestrigen Tages auch auf beiden Seiten die Soldaten weigerten, auf einander

der zu schießen. Wenn es trotzdem einige Tote und Verwundete gab, so ist das nur auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht eine Stelle aus dem Briefe, den der König an den Schweizer Bundesrat gerichtet hat, in welchem es u. a. heißt: der König bitte den Bundesrat, im Falle des Mißlingens seines Planes sich seiner Kinder anzunehmen, da er entschlossen sei, wenn er unterlege, seine Niederlage nicht zu überleben.

Abwehrkraft des Sozialdemokratischen Deutschlands, Oesterreichs und der Tschechoslowakei.

„Vormärts“ und „Freiheit“ veröffentlichen eine Erklärung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs, der Tschechoslowakei. In dieser Erklärung verpflichten sich die genannten Parteien zu ihrem Teil zur Aufrechterhaltung der Sicherheit der republikanischen Staatsform mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln beizutragen. Die Parteileitungen sollen zur Abwehr der Wiederaufrichtung der Diktatur Habsburg miteinander in Fühlung bleiben. Die Erklärung fordert die Parteien Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens zur Solidarität auf.

Deutsch-polnische Eisenbahngemeinschaft.

Unter den wirtschaftlichen Bestimmungen des Genfer Teilspruchs nehmen diejenigen über die Eisenbahnen des künftigen deutsch-polnischen Oberbaltens die erste Stelle ein. Das gesamte Hauptabzweig des Industriegebietes, der unterhalb von der Leitung durch eine Stelle, der Eisenbahndirektion Katowitz, das ergab die natürliche Verkehrsentscheidung. Die Zugfolge auf den Hauptstamm und auf den größten Seiten der Zuvorkommung wurde eine äußerst rasche sein. Auf dem Katowitzer Bahnhof haben vor dem Kriege innerhalb 24 Stunden mehr Verladungen ein, als auf dem Breslauer Bahnhof. Ein solcher Verkehr muß zentralisiert sein. Der Güterverkehr war ebenso beträchtlich, wenn man bedenkt, daß der oberbaltische Güterverkehr etwa 10 v. H. des gesamten Güterverkehrs der preussisch-polnischen Staatsbahnen ausmacht. Im Krieg und durch die ökonomische Besetzung ist dieser Güterverkehr bedeutend zurückgegangen. Soll er unter Einwirkung der glorreichen Arbeitskraft der Polen wieder ausgedehnt werden?

Katowitz wird polnisch und von Katowitz aus soll nun der Bahnverkehr des gesamten oberbaltischen Abzweiggebietes, nicht etwa nur der etwa abgerissenen Bezirke, beherrscht werden, was wohl beachtet werden möge! 15 Jahre lang soll der ganze oberbaltische Eisenbahnbetrieb zusammengefaßt bleiben und einer „gemeinsamen Verwaltung“, nicht zu verwechseln mit der allgemeinen jetzt, „Gemeinsamen Oberbaltischen Kommission“, unterstellt werden, und zwar die Normalpurbahnen und die Schmalpurbahnen!

Mit dem oberbaltischen Schmalpurbahnnetz, dem durch Entschärfung eine 15jährige Betriebszeit zuerkannt wird, (während sich Eisenbahnen und Streckenbahnen nach ihren Konventionen zu richten haben) es seine besondere Bewandnis: Die tschechische Kleinbahn u. S. G. verlor in der Hauptsache die Gruben und Güten mit Betriebsmaterialien und ist für den oberbaltischen Güterverkehr von außerordentlicher Bedeutung. Das Schmalpurbahnnetz erstreckt sich von Friedrichsdorf im Reich bis Zschopnitz in Sachsen und Schönbach im Weissen. Es kommt also auch unter die gemeinsame Verwaltung und unterliegt den Nachsprüchen der oberen Kommissionen, Schiedsgerichte und letzten Endes gar des Völkerbundrates. Man kann sich denken, was bei diesem Ratenbündnis von Interessen die deutsch-polnische Verkehrsentscheidung herauskommt. Geplant ist z. B. die Weiterführung des Schmalpurbahnnetzes bis zur Ober der Kofel, wofür die Vorarbeiten bereits erledigt sind. Beantragt ist ferner die Ausdehnung auch über die Arzse Jankow und Pleh, weil die Schmalpurbahn auch für die dortigen Industrieanlagen eine Notwendigkeit ist. Aber bei der grenzenartigen Grenzteilung besteht natürlich auch deutscher Seite eine Neigung mehr, den Polen neue Schmalpurbahnen zu bauen. Wie würden sie damit umgehen? Und was machen sie nach Ablauf der 15jährigen Frist damit?

Ueberhaupt, was wird aus dem gesamten rollenden Bahnmittel der künftigen deutsch-polnischen Eisenbahngemeinschaft? Es soll nach Artikel 371 des Versailles Vertrages „vollständig und in gutem Zustande“ nach der letzten Vertragsaufnahme vor dem 11. November 1918 übergeben werden. Selbst wenn das ohne Streit und Widerstand geschieht, wird doch häufig das gegenseitigen Mißtrauens sein Ende sein. Man stelle sich vor, welche Schwierigkeiten die von den Genfer wirtschaftlichen Bestimmungen verlangte „Eigentümliche Verrechnung“ bei den herbeiziehenden politischen Gegenständen bilden wird?

Und erst die „besondere Verrechnung“ der Ausgaben für Reparatur! Die Ausgaben werden von dem Staate getragen, auf diesen Gebiet ist ausgeführt werden. Der Unterschied zwischen deutscher Qualität und polnischer Schlamerei wird eine Quelle dauernder Zwistigkeiten werden. Der Verkehr zwischen dem polnischen und dem deutschen Oberbaltens wird entsetzlich leiden. Die künftige tschechische „Verkehrsart“ der Diktatorien und der Genfer Beschl. daß der Aufenthalt der Arbeiterkräfte, die über die Grenze fahren, nach Möglichkeit beschränkt werden solle, läßt nicht darüber hinweg, daß ein

zurückbarer Risik durch das von deutscher Intelligenz und  
Lautstärke geschaffene Industriegebiet geogen ist, und daß die  
vollständige Genese im Grunde wirtschaftsähnlich wirkt.  
Ankunft gesichert! Auch in der sozialen und staatlichen Ver-  
sicherung wird das sehr bald klar werden. Der ökonomische  
Anpassungsprozess, der mit seinen mehrerlei Einrichtungen  
an Kasernen, Rindfleischstellen und Schulungsstätten einzig  
daher, der Wirtschaft, der Wirtschaft, der Wirtschaft, der Wirtschaft,  
aus der Kirchen und Schulen gebaut und unterhalten werden,  
alle werden sie es bald merken, was es heißt, die eigene  
Kultur einer sterblichen ausrufen, und dann mit dem  
Wanderer zusammen wirtschaften. Solange die Erde steht, war  
eine solche Demütigung noch nicht da.  
Dr.-Ing. H. Hoffmann.

### Zur Kabinettskrise.

Dente soll die Lösung gefunden werden. Gestern hat  
man lange beraten, um den Kommissar, den man zu  
den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen zu entsenden  
hat, wurden lange Besprechungen geführt. Die Ver-  
breiterung der Regierungsbasis hand e gleich itig im Mit-  
telpunkt des Interesses. Entscheidungen sind weder nach  
der einen noch nach der anderen Seite gefallen. Die  
Redungen aus den einzelnen Parteien lauten zum Teil  
einander widersprechend. So ist noch alles im Fluß. Die  
neue Weidung sucht glaubhaft zu machen, daß die Rück-  
kehr Dr. Wirths in die Kanzlerschaft so gut wie sicher  
steht.  
Aus dem Wirrwarr der Nachrichten geben wir hier  
folgendes wieder:

Ueber die getrigen Besprechungen des interfraktionellen  
Aususses beim Reichspräsidenten weiß die „Post-Zeitung“  
mitzutheilen, daß alle Parteien von der Deutschen Volkspartei  
bis zur Sozialdemokratie von dem Betreben geleitet waren, eine  
möglichst geschlossene Front herzustellen. Es sei eine formu-  
lierte Erklärung vorläufig vereinbart worden, daß die Rechts-  
verwahrung Deutschlands gegen die ungerade und willkür-  
liche Einsetzung in Oberschlesien in schärfer Form zum Aus-  
druck bringe, aber die Entsendung eines Kommissars  
zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen  
zählt. Diese Formel wird heute den Fraktionen unter-  
breitet werden. Bei der Erörterung eines gemeinsamen inter-  
fraktionellen Regierungsprogramms hatten sich erhebliche Gegen-  
sätze nur in der Steuerfrage ergeben. Ueber eine mittlere  
Linie habe man sich nicht einigen können. Man sei überzogen  
kommen, die Forderungen der einzelnen Parteien den Fraktionen  
zur Kenntnis zu bringen und ihnen die Einsetzung zu über-  
lassen. Das „B. Z.“ glaubt aus verschiedenen Umständen  
schließen zu dürfen, daß der Reichspräsident erneut  
Dr. Wirth in der Kabinettsbildung beauf-  
tragen werde.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge hat die  
Deutsche Volkspartei die Zustimmung zu der Ein-  
setzung der interfraktionellen Besprechung einstimmig  
abgegeben. Da hiermit die Arbeit aus der Koalition  
ausgehört, hält das Blatt ein neues Kabinett Wirth für  
sehr wahrscheinlich.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ verlangen die  
Vornahme von Neuwahlen nach dem Rücktritt Dr. Wirths.

### Die Stellungnahme der amerikanischen Regierung zu Dr. Wirth.

Einer Washingtoner Schöpfungsmeldung zufolge hat man  
in amerikanischen Regierungskreisen, daß Dr. Wirth wie-  
der die Führung der deutschen Regierung übernehme. Man  
bedauert seinen Rücktritt, da Wirth als aufrechter und  
fähiger Politiker angesehen wird, der bestrebt sei, dem

Unterhaltungskelch der „Saale-Zeitung“,  
Mittwoch, 28. Oktober. Inhalt: Die Liebe des jungen Silfrid.  
Roman von Hermann Wagner. — Heimat. Von Joh. J.  
Braach. — Vertriebe. Von J. Damm. — Ein Geständnis.  
Von Georg Felsch. — Ein neues Wort über Richard Strauß.  
Von Dr. Hans Liesmann. — Schach.

### Die Frage der Geschlechtsbestimmung.

Von  
Prof. Dr. Kermann.

Die alte Vorstellung, daß die eine Geschlechtsart die  
männliche, die zweite das weibliche Geschlecht belege,  
ist unrichtig. Es tauchte aber immer wieder die Frage  
auf, ob es überhaupt möglich ist, auf die Entstehung  
des Geschlechtes Einfluß zu nehmen. Die experimentelle  
Zoologie befaßt sich viel damit, und die letzten Jahre  
haben den Gedanken entschieden wieder in den Vorder-  
grund des Interesses gerückt. Schon längere Zeit war  
es bekannt, daß bei Insekten neben den zwei Geschlechtern  
als den Entgegnen einer Reihe die verschiedensten Hin-  
schenglieder in der Ausbildung der Geschlechtsabdrillen vor-  
kommen. Die Vorstellung, daß die Ursache in den zur  
Befruchtung zusammenzutretenden Keimzellen gelegen sein  
muß, hat zuerst Brale durch Kastenkreuzungen bei Spinnen  
als richtig erwiesen. Es ergaben sich dabei eigenartige,  
gelegentlich freis in demselben Zuchtwerkstätten auftretende  
Abweichungen in der Ausbildung des Geschlechtes bis zu  
heiligen Formen. Bei den Menschen lassen sich diese Dinge  
bisher noch nicht erkennen. Bei ihm ist z. B. einiges  
Material über familiäre Vorkommen bekannt, aber noch  
spärlich. Einmal soll die Tatsache festgestellt werden,  
daß das normale Geschlecht im desfruktiven Ei bereits  
normiert ist. Diese Grundfrage, auf der alle Verläufe  
aufgebaut sind, hat sich durch die Verläufe selbst nur wenig  
als richtig erwiesen. Und dann die auch für den Menschen  
nicht auszufliehende Möglichkeit, daß Individuen, welche  
ihrer ersten Bestimmung nach ein bestimmtes Geschlecht  
hätten erreichen sollen, mehr oder weniger umgewandelt.  
Nichtformen werden können. Bei Cestertieren sogar  
nachträglich bis zur vollen, funktionstüchtigen Form  
des andern Geschlechtes.

Argwohn und Mißtrauen der Welt gegen Deutschland  
ein Ende zu machen.

Der „Manchester Guardian“ schreibt zum Rücktritt der  
deutschen Regierung: Die britische Regierung habe  
die Forderung Deutschlands nach dem ge-  
samten oberirdischen Industriegebiet un-  
terstützt. Dr. Wirth habe alles auf die endgültige An-  
erkennung der deutschen Forderung gesetzt. Seine Hoffnung  
habe sich nicht erfüllt. Er sei daher zurückgetreten. Die  
Regierung Wirth sei von den Ministern aber nicht besser  
behandelt worden als die deutsche Regierung behandelt  
worden wäre, die Londoner Rat der Seite gehabt und  
versucht haben würde, Kaiser Wilhelm wieder nach Deutsch-  
land zu schmuggeln und sich den Reparationszahlungen  
zu entziehen. Die Besetzung Düsseldorf und anderer  
deutscher Städte wurde aufrechterhalten.

### Der polnische Kommissar.

Nach einer Blättermeldung aus Warschau ist der jetzige  
polnische Oberkommissar in Danzig Rucinski, der ehe-  
malige Staatssekretär im Ministerium des Innern, zum  
Vertreter Polens bei den wirtschaftlichen Verhandlungen  
über Oberschlesien bestimmt worden. Die polnische Re-  
gierung hat die Beschlüsse von Genf über Oberschlesien  
angenommen.

### Der Flüchtlingsstrom aus Oberschlesien.

Aus Oppeln wird gemeldet: Der Flüchtlingsstrom aus  
Oberschlesien nimmt immer größeren Umfang an. Die  
Eisenbahnzüge aus Katowitz haben mehr als 450 deutsche  
Familien nach Oppeln gebracht. Noch größer soll der  
Anstrom in Glesing sein, wo der Magistrat zur Unter-  
bringung der Flüchtlinge Notquartiere errichtet hat.

### Finanzminister Sämisch über das preussische Etat.

Zwei Millionen Fehlbetrag. — Der Ausverkauf  
Deutschlands.

Im Haushaltsauschuß des preussischen Landtages er-  
klärte Finanzminister Sämisch u. a., bei dem Haushalts-  
vorschlag für 1920 werde bei den ordentlichen Einnahmen  
und Ausgaben voraussichtlich mit einer Gesamtverbesserung  
von 384,5 Millionen Mark gerechnet werden können, und  
zwar bei den Einnahmen, bei der Vermögensverwaltung und der  
allgemeinen Finanzverwaltung. Dieser Verbesserung stehe  
eine Verschlechterung um 188,5 Millionen gegenüber.  
Es werde mit einem muthmaßlichen Fehlbetrag von 802  
Millionen Mark gerechnet werden müssen, der sich auf  
insgesamt 2785,2 Millionen erhöhen werde, falls die in  
der Haushalt eingezeichneten Erläuterungen des Reiches in  
Höhe von 1933,2 Millionen bis zum Jahresabschluss nicht  
eintreffen. Es könne mit Sicherheit darauf gerechnet werden,  
daß das Einkommen an Einkommen- und Körpers-  
steuer für 1920 wesentlich höher sein werde, als  
bisher angenommen wurde. Es werde um 164,5 Milliar-  
den betragen. Ueber die voraussichtliche Einmündelung der  
Einnahmen Preussens im Rechnungsjahr 1921 könnten  
auch nur schätzungsweise Riffen mitgeteilt werden. Der  
Anteil Preussens nach Abzug der Gemeindeanteile am  
Ertrage von Reichsteuern werde gegenüber dem Vor-  
schlag ein Mehr von 226,9 Millionen ergeben. Trozdem  
erzeuge sich ein Fehlbetrag. Die Ver-  
triebsverwaltungen würden neuemutende Maßnahmen  
gegen den Voranschlag nicht erbringen. Mit Sicherheit  
sei auf erhebliche Haushaltsüberschreitungen bei den  
Staatsverwaltungen zu rechnen, was mit dem immer mehr

Die moderne Lehre besagt, daß die Zelle bei den  
meisten Tieren und wohl auch beim Menschen eine fest-  
gelegte Zahl von Chromosomen-Zeilsäden des Zell-  
kernes besitzt, darunter die zweimal Chromosomen, die man  
als die Geschlechtschromosomen bezeichnet. Unter den  
Samenzellen gibt es zwei Arten, mit zwei- und mit  
einmal Chromosomen. Die zweimal Spermazellen gibt zu-  
sammen mit der zweimal Eizelle die eine gerade Zahl,  
ein Weibchen, die einmal Spermazelle dagegen eine un-  
gerade Zahl, ein Männchen. Da nun die beiden Ge-  
schlechtsarten in gleicher Anzahl entstehen müssen  
auch gleich viel Knaben und Mädchen geboren werden.  
Diese letztere theoretische Forderung hat eine kleine Schwie-  
rigkeit zu überwinden. Kann bei einer Tierart, ein-  
schließlich des Menschen, ist die Zahl der Männchen und  
der Weibchen tatsächlich gleich. Man kann nicht gut der  
Theorie zuliebe alle Statistik in der Welt schieben. Um diese  
nicht grehen aber merkwürdig säh festgehaltenen Unter-  
schiede zu erklären, mühten sich die Biologen heranzugan-  
gen. Man sprach von verschiedener Größe der Ge-  
schlechtszellen und damit verschiedener Aktivität, von  
leichterer Schädigung der einen, einem physiologischen Ab-  
sterbeprozess dertelben usw. Man hat auch die Möglich-  
keit erwogen, daß der Keimstoff der Zelle von Be-  
deutung sei. An Tier und Mensch ist gezeigt  
worden, daß junge Mütter mehr Knaben ge-  
bären als ältere. Zeitliche Schwankungen zu gewissen  
Perioden sind behauptet worden, etwa als hätte die Ge-  
zelle die Fähigkeit, den Bewerber auszuwählen, und würde  
mit zunehmender Reife den Geschlecht wechseln, eventuell  
wiederholt wechseln. Das sind Erklärungsversuche. Ge-  
wis ist die Frage nicht. Wir sehen also noch am Anfang  
des großen und interessanten Problems, wenn auch an  
einem erhaltendehenden Anfang. Selbst mit der so erhalt  
sunderen Chromosomenlehre, die mit den feinsten mikrosko-  
pischen Strukturen, den Zeilsäden des Zellkerns arbei-  
tet, ist nicht mehr an die Hand gegeben, als ein Bild  
vom Mechanismus des Vorganges. Das Substrat des-  
selben und die Ursachen bleiben dunkel. Und die für den  
Menschen immer noch interessanter Frage, ob es möglich  
ist, in diesen Mechanismus einzugreifen, ist heute noch  
so wenig beantwortet, wie zu Zeiten Aristoteles über zu  
Reiten Seants.

findenden Geldwert zusammenhänge. Um ohne Fehlbetrag  
abzuschließen zu können, müssen für 1921 noch 932,1 Mil-  
lionen neue Steuern bereitgestellt werden. Für die  
Deckung dieses Defizits sei ein Grundreuerent-  
wurf ausgearbeitet worden, der seit Mitte September  
dem Staatsrat zur Begutachtung vorliegt. Die ange-  
strebte Trennung der Betriebs- und der Höchstverwal-  
tung sei bisher nicht möglich gewesen und werde auch  
für 1922 nicht erfolgen können. Verhältnismäßig günstig  
habe sich der Kassenstatus des preussischen Staates ent-  
wickelt.

Für die Ablieferung von Betriebsmitteln der Eisen-  
bahnen an das Reich seien 800 Millionen veranschlagt  
worden.

Zum Schluß kennzeichnete der Minister den Einfluß  
der Magnahmen der Entente auf die ganze Finanzwirt-  
schaft. Gerade die Arbeitslosigkeit in den hochindustrialisierten  
Ländern zeige, mohtin der wirtschaftliche Wahn-  
sinn geföhrt habe. Man habe zwar zunehmende Eintritte  
in den Handelskrisen der Entente feststellen können, in-  
dessen bemerke die Zerreißung Oberstleutnants deutlich, daß  
man von der politischen Instabilität über die Anhaltbarkeit des  
jetzigen Zustandes in den Ententeländern noch weit ent-  
fernt sei. Gerade die Nachkriegsmoralität, die sich in den  
Sanktionen und den für alle Teile unproduktiven Be-  
satzungslosten ausbreite, läßt immer mehr vor Augen, daß  
die Reparationsforderungen unerfüllbar seien. Man müsse  
sich klarmachen, daß der Ausverkauf Deutschlands  
zum erheblichen Teil auf Kosten der arbei-  
tenden Bevölkerung nicht nur Deutschlands,  
sondern der ganzen Welt gehe.

### Doch eine schärfere Zollkontrolle an Rhein?

Der „Rhein. Rundschau“ zufolge schweben Verhand-  
lungen zwischen der deutschen Regierung bezw. dem  
Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Zusammen-  
arbeit mit den Handelskammern einerseits und der inter-  
nationalen Rheinlandskommission andererseits über Maß-  
nahmen zur Verhinderung der Verschleppung lebenswichtiger  
Waren aus dem Inlande nach dem Auslande. Es  
scheint, als ob die Verhandlungen mit der internationalen  
Kommission nicht ganz aussichtslos sind, wonach schärfere  
Zollkontrolle an der Westgrenze ermöglicht wird.

### Zu dem Gerücht über die deutsche Kartoffelausfuhr.

Amlich wird uns berichtet: In der Öffentlichkeit  
werden immer wieder Nachrichten verbreitet, daß Kar-  
toffeln in das Ausland gingen, und daß sogar vom Reichs-  
ministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine be-  
sondere Ausfuhrerlaubnis für große Mengen erteilt worden  
sei. So ist in der Berliner Stadtverordnetenversammlung  
von einem Abgeordneten der unabhängigen Sozial-  
demokratie erklärt worden, der Reichsminister Dr. Der-  
meke habe trotz der Rot Erlaubnis zur Ausfuhr in das  
Ausland für 200 000 Tonnen Kartoffeln erteilt. Diese  
Angabe ist unrichtig. Seitens des Reichsministeriums für  
Ernährung und Landwirtschaft ist lediglich zur Einberung  
der großen Rot in Deutsch-Oesterreich, Tirol und  
Vorarlberg eine Ausfuhrerlaubnis für 6000 T.  
erteilt worden.

In anderen Zahlen wurde zur Ausfuhr nach Deutsch-  
Oesterreich eine erheblich größere Menge freigegeben.  
Weitergehende Anträge, die auch in diesem Jahre vor-  
liegen, hat das Reichsministerium für Ernährung und  
Landwirtschaft in Anbetracht der Schwierigkeiten, die in  
Deutschland selbst bestehen, ablehnen müssen. Es müssen  
dann auf Grund der Bestimmungen des Vertrages neu

### Professor Erich Marsch nach Berlin berufen.

Geheimrat Prof. Dr. Erich Marsch in München  
hat einen Ruf als Ordinarius für neuere Geschichte an die  
Universität Berlin erhalten.

Der bekannte Historiker ist 1861 zu Magdeburg  
geboren. Er studierte von 1879 an Geschichte, besonders  
alte in Straßburg, Bonn, Berlin, wobei er von S. Rosen  
und Th. Mommsen stark beeinflusst wurde, gleichzeitig  
aber auch in neuerer Geschichte von H. Baumgarten,  
H. von Treitschke, später von G. Schmoller. Seit 1883  
wandte er sich ganz der neueren Geschichte zu. Im Jahre  
1887 habilitierte er sich in Berlin, wurde 1892 ord.  
Professor in Freiburg, kam ein Jahr später nach Leipzig,  
1910 nach Heidelberg, 1907 nach Hamburg und 1913 nach  
München als Nachfolger Theodor Heigels. Marsch hat  
sich durch eine Reihe trefflicher Monographien aus dem  
Gebiete der neuere und neuesten Geschichte den Ruf  
als einer der hervorragenden unter den Historikern der  
Gegenwart erworben. Am Bekanntesten sind in weiten  
Kreisen seine biographischen Werke über Kaiser Wilhelm I.  
sowie über Bismarck. Marsch ist politischer Historiker im  
weiteren Sinne, der Staat steht ihm, wie Ranke, seinem  
größten Lehrer, im Mittelpunkt der Geschichte; er teilt  
mit diesem einen unüberwindlichen Zug, sucht die Ge-  
schichte aller Kulturnationen mit scharfer Darstellung der  
leitenden Jüge in ihrer Wechselwirkung darzustellen, will  
aber mit Treitschke und Schmoller in breiterer und tieferer  
Erfassung geistiger und materieller Kultur über Ranke  
hinausgehen. Ohne Maßloseinsetzungen gering zu  
schätzen, erklärt er das Wertvolle der Historie in großen,  
führenden Persönlichkeiten, die ein Epochen und charak-  
teristischster Ausdruck sowie entscheidende Kräfte ganzer  
Völker und Zeitalter sind; überzeugt, daß der Historiker  
Gelehrter und Künstler zugleich sein muß, sucht er in  
allen seinen Biographien politisch bedeutender Persönlich-  
keiten ganze Zeitalter darzustellen, indem er mit beson-  
derer Liebe die stete Wechselwirkung von Persönlichkeit und  
Umwelt beobachtet, mit kritisch geistvoller, aber leben-  
diger und warmer Teilnahme von Phantasie und Gefühl.  
Begründen und Erklären, nicht moralisch Richter, ist ihm  
Aufgabe des Historikers, der auch heute noch, ohne Partei-  
tendenz, zu politischer Reife und historischem Verständnis  
erziehend, auf weitere Kreise zu wirken berufen sei.